

Effekt der Inflation 2022:

Konsumausgaben übersteigen zunehmend das verfügbare Einkommen - auch bei Erwerbstätigen-Haushalten¹

Die hohe Inflationsrate laut Verbraucherpreisindex (VPI) in den ersten vier Monaten des Jahres 2022, v.a. bei Energie- und Nahrungsmittelpreisen, führt zu höheren Konsumausgaben der privaten Haushalte. Laut einer Analyse des Büros des Fiskalrats können durch die jüngsten Preissteigerungen die einkommensschwächsten 35% der Haushalte ihre durchschnittlichen Konsumausgaben nicht durch ihr verfügbares monatliches Einkommen finanzieren. Laut Konsumerhebung 2019/20 war dies bislang für die einkommensschwächsten 25% der Haushalte der Fall. Der Inflationsanstieg führte damit zu einem Anstieg dieser Gruppe um 10% der Haushalte. Von diesen Haushalten beziehen mehr als 50% als Haupteinnahmequelle ein Erwerbseinkommen. Damit liegt der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Gruppe deutlich höher als bei den einkommensschwächsten 25% Haushalten, die überwiegend Transfereinkommen und Pensionen beziehen. Die einkommensschwächsten 35% der Haushalte sind durch den Preisanstieg mit einer Konsumausgabenerhöhung von maximal 660 Euro jährlich pro Person (inklusive Kinder) konfrontiert.

Die Preise für die Konsumgüter der privaten Haushalte sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 gegenüber den Vorjahresmonaten im Durchschnitt um 6,2 Prozent gestiegen (siehe VPI Gesamtindex in Tabelle 1). Dieser Anstieg liegt um 4,5 Prozentpunkte über den durchschnittlichen Preissteigerungen in denselben Monaten der Jahre 2016 bis 2021. Die hohe Inflation macht sich bei fast allen Konsumgütern bemerkbar, ist jedoch bei den Energie- und Nahrungsmittelpreisen besonders ausgeprägt. Die Ursache für den Preisanstieg liegt dabei vorrangig am Anstieg der Weltmarktpreise für Energie und Nahrungsmittel aufgrund der Unsicherheiten und Lieferausfälle in Folge des Krieges in der Ukraine. Die Heiz- und Stromkosten stiegen im Vorjahresvergleich um durchschnittlich 25,1% an, die Kosten für Benzin und Diesel um 39,2%. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Nahrungsmittelpreise um 5,9%. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den Konsumausgaben liegt bei 12,1% und ist damit fast doppelt so hoch wie im Fall der Energieausgaben inklusive Treibstoffe (Anteil 6,2%).

Die hier vorgestellte Analyse verwendet Daten zu monatlichen Ausgaben für detaillierte Warengruppen auf Haushaltsebene der Konsumerhebung 2019/20. Die Konsumerhebung wird verwendet um den Effekt der Preiserhöhungen laut VPI auf die Konsumausgaben der Haushalte abzuleiten. Die Preiserhöhung ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen der durchschnittlichen Inflationsrate der Monate Jänner bis April 2022 (siehe Tabelle 1, Spalte (1)) und der durchschnittlichen Inflationsrate im gleichen Zeitraum der Jahre 2016 bis 2021 (siehe Tabelle 1, Spalte (2)). Die Konsumerhebung und die Preiserhöhung können so verwendet werden, um die durchschnittliche Betroffenheit der Haushalte nach 5%-Einkommensquantilen zu berechnen.

¹ Autorinnen: Alena Bachleitner und Susanne Maidorn

Tabelle 1: Entwicklung der Verbraucherpreise nach Ausgabengruppen von Jänner bis April 2022

	durchschnittliche Inflation Jänner bis April 2022	durchschnittliche Inflation Jänner bis April 2016-2021	überdurchschnittliche Inflation Jänner bis April 2022
im Vergleich zum Vorjahresmonat in %			
	(1)	(2)	(1) - (2)
VPI Gesamtindex	6,2	1,7	4,5
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	5,9	1,5	4,4
Alkoholische Getränke und Tabak	2,5	2,4	0,2
Bekleidung und Schuhe	1,6	1,1	0,5
Wohnung, Wasser und Energie	8,0	1,9	6,1
davon Aufwand für Energie	25,1	0,6	24,4
Hausrat und Instandhaltung des Hauses	4,5	1,4	3,1
Gesundheitspflege	2,5	1,8	0,7
Verkehr	13,8	0,8	13,0
davon Benzin und Diesel	39,2	0,4	39,1
Nachrichtenübermittlung	1,2	-2,4	3,6
Freizeit und Kultur	4,2	1,5	2,7
Erziehung und Unterricht	2,0	2,0	-0,0
Restaurants und Hotels	6,5	3,1	3,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	1,8	1,8	-0,0

Quelle: Statistik Austria

Da die Ausgaben der Haushalte wesentlich von der Haushaltsgröße abhängen, werden die Haushaltseinkommen entsprechend der Haushaltszusammensetzung gewichtet (Äquivalenzeinkommen). Betrachtet man die Haushalte nach Verteilung der Äquivalenzeinkommen, zeigt sich, dass die Ausgaben der einkommensschwächsten 25% der Haushalte (rund 1,0 Mio Haushalte) vor der Berücksichtigung des Preisanstiegs ihr Einkommen übersteigen^{2,3}. Für ein Drittel dieser Haushalte sind Erwerbseinkommen die Haupteinkommensquelle, bei 43% dieser Haushalte stellen Pensionen die Haupteinkommensquelle dar, bei 16% sind es Sozialleistungen⁴.

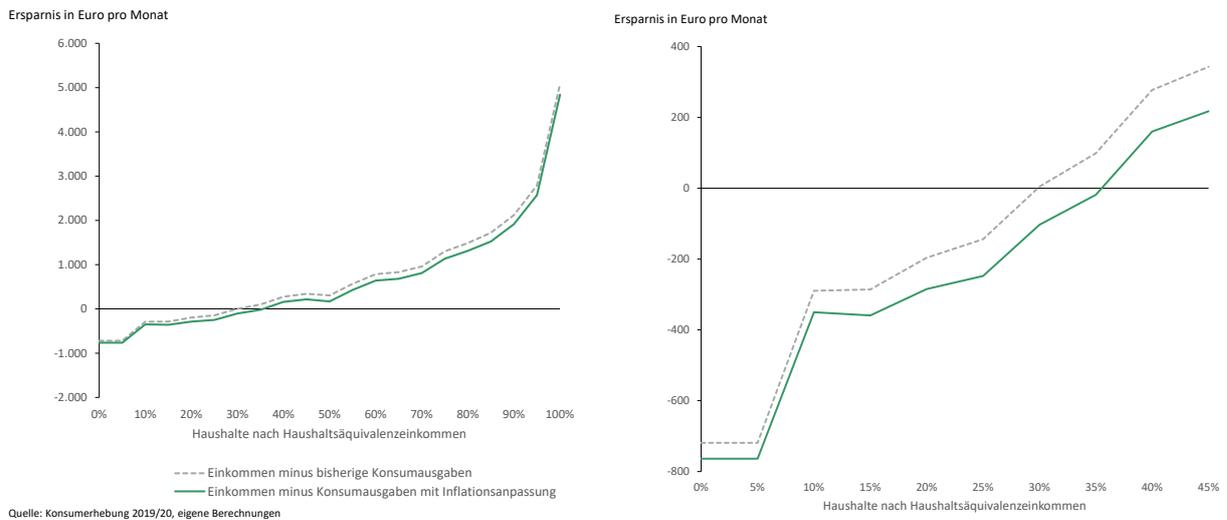
Durch den berechneten Preisanstieg übersteigen die durchschnittlichen Konsumausgaben nunmehr das Einkommen der einkommensschwächsten 35% der Haushalte (rund 1,4 Mio Haushalte, Grafik 1). Der Anteil der Haushalte mit Erwerbseinkommen als Haupteinkommensquelle, die zu dieser Gruppe gehören, beträgt 23%. Bei etwas mehr als der Hälfte jener Haushalte, für die die Preissteigerungen seit Jänner 2022 dafür verantwortlich sind, dass ihr Einkommen für die durchschnittlichen Konsumausgaben nicht mehr reicht, stellen Erwerbseinkommen die Haupteinkommensquelle dar. Während die Pensionseinkommen als Haupteinkommensquelle in dieser Gruppe mit rund 40% etwa gleich stark vertreten sind, wie bei den einkommensschwächsten 25% der Haushalte, fällt der Anteil der Haushalte, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind, auf nur 2%.

² Da die Haushalte in der Konsumerhebung Angaben zu ihren *monatlichen* Einnahmen und Ausgaben machen, ist anzunehmen, dass dieser Anteil bei einer Jahresbetrachtung aufgrund z.B. des 13. und 14. Gehalts geringer ist. Darüber hinaus kann der Zeitpunkt der Erhebung in eine Phase der Arbeitslosigkeit fallen, der eine Phase der Erwerbstätigkeit vorausgegangen ist, sodass der Haushalt seine Ausgaben mit Ersparnissen aus früheren Monaten finanziert.

³ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen M. Fink, C. Mayrhuber und S. Rocha-Akis in ihrer Analyse „Steigende Lebenshaltungskosten und Armut“, WIFO Research Briefs 10/2022.

⁴ Über sonstige Einkommen, z.B. private Geldleistungen, als Haupteinkommensquelle verfügen 8% dieser Haushalte.

**Grafik 1: Konsumausgaben der Haushalte mit und ohne Inflationsanpassung
(vergrößerter Ausschnitt rechts)**



Unter den 35% einkommensschwächsten Haushalten, bei denen sich die Lücke zwischen Konsumausgaben und Einnahmen durch die hohe Inflation vergrößert bzw. erst entsteht, ergibt sich ein geschätzter maximaler durchschnittlicher Inflationseffekt⁵ von 55 Euro pro Person und Monat. Die Betrachtung des maximalen Inflationseffekts stellt sicher, dass die zusätzlichen, inflationsbedingten Ausgaben der betroffenen Haushalte erfasst werden. Unter der Annahme, dass die durchschnittliche Inflation in den ersten 4 Monaten der Inflation im Jahr 2022 entspricht, errechnet sich ein Betrag von 660 Euro pro Person (inklusive Kinder) in den betrachteten Haushalten pro Jahr. Ein derart ausgestalteter, pauschaler Transfer in dieser Höhe, der die zusätzlichen, inflationsbedingten Konsumausgaben für die einkommensschwächsten 35% der Haushalte vollständig abdeckt, würde zu Staatsausgaben in Höhe von 1,8 Mrd Euro für rund 2,7 Mio Personen führen. Die Grenze des verfügbaren monatlichen Haushaltseinkommen für diese Haushalte beträgt für einen Einpersonenhaushalt 1.800 Euro. Diese Einkommensgrenze erhöht sich je nach Haushaltszusammensetzung für Mehrpersonenhaushalte um 900 Euro pro Person ab 14 Jahre und um 540 Euro pro Kind unter 14 Jahre.

Die Auszahlung dieser Transferleistung an Haushalte innerhalb der dargestellten Einkommensgrenzen setzt eine entsprechende administrative Datenbasis der verfügbaren Haushaltseinkommen voraus, die erst aufgebaut werden muss. Erwerbseinkommen unterliegen in Österreich der Individualbesteuerung, sodass Verwaltungsdaten über das Haushaltseinkommen fehlen. Der angesprochene Pauschaltransfer von 660 Euro pro Person besitzt eine hohe soziale Treffsicherheit, die technisch-administrativen Voraussetzungen dafür müssen jedoch erst geschaffen werden.

⁵ Im siebten 5%- Quantil.